



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Stefan Gebhardt (DIE LINKE)

Kampagnen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Steuerkraft Sachsen-Anhalts

Kleine Anfrage - KA 6/7393

Vorbemerkung des Fragestellenden:

Mit einer medial viel beachteten Imagekampagne hat sich das Land Sachsen-Anhalt im Dezember des vergangenen Jahres in Baden-Württemberg im Umfeld der Weihnachtsmärkte von Mannheim, Stuttgart, Ulm und Freiburg im Breisgau als moderner und lebenswerter Standort präsentieren wollen und um Fachkräfte für unser Bundesland geworben.

Antwort der Landesregierung erstellt von der Staatskanzlei

1. Wie war die Resonanz der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger auf diese Imagekampagne? Wie viele Fachkräfte wurden mit dieser Kampagne für Sachsen-Anhalt gewonnen und sind inzwischen in unserem Bundesland ansässig?

Vom 7. bis 10. Dezember 2011 fand in den Innenstädten von Mannheim, Stuttgart, Ulm und Freiburg im Breisgau im Rahmen des Landesmarketings eine Informationskampagne der Landesregierung mit einem Infomobil statt. Für das strategische Landesmarketing liegt die Zuständigkeit innerhalb der Landesregierung bei der Staatskanzlei. Die genannte Aktion wurde von der Staatskanzlei (Referat Öffentlichkeitsarbeit, Landesmarketing) organisiert und sollte auch dem Landesimage dienen.

Die Aktion in Baden-Württemberg hatte eine große Wirksamkeit. Bei den zahlreichen (rund 600) Gesprächen mit Interessenten vor Ort wurde deutlich, dass die Aktion auf ein bemerkenswert positives Echo der dortigen Bevölkerung gestoßen ist. In etlichen Gesprächen ging es um Rückkehrwünsche von Sachsen-Anhaltern, die berufsbe-

(Ausgegeben am 29.03.2012)

dingt in den vergangenen Jahren nach Baden-Württemberg gezogen sind. Große Nachfragen gab es auch nach Studienangeboten in Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus gab es in jeder Stadt großes Interesse an allgemeinen Informationen über Sachsen-Anhalt. Es konnten nicht nur Informationen über Sachsen-Anhalt vermittelt werden, es wurden z. B. auch weitere Erkenntnisse über die Zielgruppen der Aktion gewonnen, die für künftige Planungen von Nutzen sind.

Darüber hinaus gab es ein hohes regionales und überregionales Medienecho in Form von zahlreichen Beiträgen und Leserbriefen. Insbesondere die Medien wurden dabei zu Multiplikatoren, die das Anliegen, auf Sachsen-Anhalt aufmerksam zu machen und ein positives Image zu vermitteln, wirksam unterstützt haben.

Die Informations-Kampagne ist Teil einer mittel- und langfristigen Strategie, Fachkräfte/künftige Studenten in anderen Bundesländern für die Vorteile Sachsens-Anhalts zu sensibilisieren und mittel- bis langfristig für eine Rückkehr nach und Ansiedlung in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Ein taktisches Ziel ist dabei u. a., auf Sachsen-Anhalt und seine Standortvorteile, z. B. die sehr gute Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Land, vielfältige Möglichkeiten des Studierens und Lernens mit positiven Rahmenbedingungen sowie andere so genannte weiche Standortfaktoren aufmerksam zu machen und das Land als modernen und lebenswerten Standort zu präsentieren. Mit der Aktion ist auch das Ziel verknüpft, Kontakte zu ehemaligen Bürgern Sachsens-Anhalts herzustellen und deren Heimatgefühl zu stärken.

Dass die intensivierten Bemühungen zur Bewerbung Sachsens-Anhalts als Arbeits- und Studienstandort öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, zeigen allein die bis Ende Januar 2012 an die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt bzw. den Ministerpräsidenten adressierten rund 60 Briefe, E-Mails und Telefonanrufe, bei denen in 36 Fällen (rund 60 Prozent) explizit der Wunsch nach einer beruflichen Rückkehr nach Sachsen-Anhalt geäußert wurde. Die dargestellte Entwicklung dokumentiert, dass es durchaus Menschen gibt, die sich in anderen Bundesländern niedergelassen haben, aber dennoch den Wunsch verspüren, in die Heimat zurückzukehren.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass das Interesse an dem beim Ministerium für Arbeit und Soziales angesiedelten Fachkräfteportal PFIFF im vergangenen Jahr deutlich zugenommen hat. Sowohl bei den angemeldeten Fachkräften als auch bei den eingestellten Stellen ist im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Steigerung festzustellen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Landesregierung und somit auch PFIFF keinen Vermittlungsauftrag haben. Dieser ist vom Gesetzgeber ausschließlich der Bundesagentur für Arbeit zugewiesen. Die Landesregierung kann nur sensibilisieren und einen Kontakt zwischen Angebot und Nachfrage erleichtern. Daher ist es nicht möglich, konkrete Vermittlungserfolge zu präsentieren.

Erfolge der Kampagne lassen sich nur mittel- und langfristig messen. Der Landesregierung liegen knapp drei Monate nach der Aktion noch keine Erkenntnisse darüber vor, ob und wieviel Fachkräfte dabei für Sachsen-Anhalt gewonnen werden konnten und inzwischen im Land ansässig sind (siehe dazu auch Antwort auf Frage 2.).

2. Wie viele ehemalige Sachsen-Anhalter sind im Ergebnis dieser Kampagne nach Sachsen-Anhalt zurückgekehrt?

Die Wanderungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt, auf Basis derer die Zahl jener Personen ausgewiesen werden kann, die ihren Wohnsitz nach Sachsen-Anhalt bzw. von Sachsen-Anhalt weg verlegt haben, ist für volle Kalenderjahre auswertbar. Auswertungen für das Berichtsjahr 2011 lagen zum Zeitpunkt der Beantwortung der Kleinen Anfrage noch nicht vor und werden voraussichtlich im Sommer 2012 zur Verfügung stehen. Inwieweit Bürger konkret als Ergebnis dieser Kampagne nach Sachsen-Anhalt zurückkehren, lässt sich statistisch nicht erfassen.

3. Plant die Landesregierung ähnliche Aktionen in Baden-Württemberg und/oder anderen Bundesländern zum Beispiel zu Ostern, Pfingsten oder Himmelfahrt? Wenn ja, welche?

Auch im Jahr 2012 sollen vergleichbare Veranstaltungen durchgeführt werden. Geplant sind zudem Gesprächsrunden, die sich an Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter richten, die in den jeweiligen anderen Bundesländern leben oder arbeiten. Die Veranstaltungen richten sich auch an die interessierte Bevölkerung der jeweiligen Bundesländer. Mitte April soll eine solche Gesprächsrunde in Stuttgart stattfinden.